



Grubenwasser Untersuchungsausschuss

GESUCHT WIRD ...



Der saarländische Bergbau ist zwar eingestellt. Doch unter Tage laufen die Pumpen, um das aufsteigende Grubenwasser zu beseitigen. Noch. Im Februar 2013 hat die Saarberg-Nachfolgerin RAG eine Teilgenehmigung zu deren Abstellen bekommen. Grüne, Bergschadensgegner und Umweltschützer befürchten, dass mit dem ansteigenden Wasser das saarländische Trinkwasser verseucht wird. Dann wären bis zu 600.000 Saarländer betroffen.

Wäre der saarländische Umwelt- und Justizminister Reinhold Jost genauso schnell und entschlossen, wie er es bei der Aufdeckung eines der größten Skandale der saarländischen Nachkriegsgeschichte gezeigt hat, die Saarländer könnten etwas ruhiger und mit weniger Angst vor einer Vergiftung ihres Trinkwassers schlafen. Als es um gefälschte Lyonerdärme ging, da biss Reinhold Jost tollkühn vor laufenden Kameras in sage und schreibe 19 Wurstproben, nur um

zu beweisen, dass die Gefahr beim „saarländischen Grundnahrungsmittel“ (O-Ton Jost) gebannt sei. Beim Thema Grubenwasser ist der Sozialdemokrat verständlicherweise dann doch etwas vorsichtiger.

DAS WICHTIGSTE SAARLÄNDISCHE GRUNDNAHRUNGSMITTEL IST NICHT LYONER

Immerhin umging Jost bereitstehende Fettöpfchen und wurde sich, wenn auch sehr spät, des Ernstes der Lage bewusst. Nachdem die Grünen den Skandal um Giftstoffe in den Saarbergstollen „über Tage“ gebracht hatten, weiß Reinhold Jost nun auch, wie das wichtigste saarländische Grundnahrungsmittel heißt. Es heißt Trinkwasser.

Und es bereitet gelinde gesagt Anlass zur Sorge, seit die RAG (früher Saarberg) ihre Pläne zur

Flutung der seit dem Bergbauende 2012 stillgelegten Stollen offengelegt hat. Denen zufolge will sie das Grubenwasser bis zum Jahre 2035 komplett ansteigen lassen.

Die Grünen haben dabei die RAG im Verdacht, die 18 Millionen Euro sparen zu wollen, die das Abpumpen des ansteigenden Wassers jährlich kostet.

WIRD DURCH DIE FLUTUNG DIE TRINKWASSERVERSORGUNG VON 600.000 MENSCHEN GEFÄHRDET ?

Eine erste Teilgenehmigung für einen Sonderbetriebsplan erhielt der Konzern bereits 2013 und konnte so ein Planfeststellungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen und wasserrechtliche Genehmigungen umgehen.

Weiter Seite 2 →

KINDER- UND JUGENDFARM BEDROHT

Grüne kämpfen um Erhalt

3

LISDORFER BERG

Modell für Industrie 4.0?

4

FORTSETZUNG TITELTHEMA GESUCHT WIRD ...

Widerrechtlich, wie auch Fachleute meinen. Statt der vom Konzern praktizierten Salamitaktik, müsse ein Gesamtbetriebsplan her, der alle planungs- und umweltrechtlichen Vorgaben erfüllt und letztendlich die Frage aller Fragen beantwortet: Wird durch die Flutung die Trinkwasserversorgung von 600.000 Menschen im Saarland gefährdet? Das nämlich befürchten Grüne und Umweltschützer, denn unter Tage lagern vollkommen ungeschützt Tonnen hochgiftiger Chemikalien, wie bspw. das hochgiftige PCB. Gerieten die ins Trinkwasser – nicht auszudenken!

WURDE EINE WEISUNG ERTEILT? WENN JA, VON WEM?

Nach Aufdeckung des Skandals durch die Grünen und den SPIEGEL stellt sich nun die Frage, unter welchen Umständen die Genehmigung für den ominösen Sonderbetriebsplan zustande kam. Denn ungewöhnlich an dem Vorgang ist so einiges. Zum Beispiel die Tatsache, dass das ansonsten so bergbaufreundliche Oberbergamt Bedenken hatte, ebenso wie

das für Wasserrecht zuständige Landesamt für Umweltschutz. Beide Behörden waren damals an SPD geführte Ministerien angegliedert. Die erste an Josts Umweltministerium, die zweite an das Wirtschaftsministerium von Heiko Maas. Dass trotz der Bedenken die Flutungswünsche des nordrheinwestfälischen Kohle Konzerns vom Bergamt genehmigt wurden, wirft Fragen auf. Etwa, ob hier zum Vorteil der RAG (und zum Nachteil der Umwelt) eine politische Weisung erteilt worden ist. Und wenn ja, von wem?

Vor allem Letzteres soll nun ein Untersuchungsausschuss des saarländischen Landtages aufklären. Die für die Einsetzung des Gremiums erforderliche Mehrheit kam durch die Stimmen der Grünen, der Linken und der Piraten zusammen. Wohl dem öffentlichen Aufklärungsdruck nachgebend schloss sich schließlich die große Regierungskoalition aus CDU und SPD dem Vorhaben an.

GRÜNER WIRD VORSITZENDER DES UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSES

Zum nicht geringen Schrecken der SPD wurde im Losverfahren allerdings Grünen Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich zum Vorsitzenden

des Gremiums gewählt. Viele Saarländerinnen und Saarländer, denen noch die Erfahrung mit der RAG in Sachen Bergschäden und Grubenbeben in den Knochen stecken, sehen diese Entscheidung keineswegs als Unglück, gilt Ulrich doch als jemand, der sich nie vor dem mächtigen Kohlekonzern verbeugt hat. Gerade die Saarlouiser wissen das. Schon aus der Zeit, als die Grünen um Ulrich und Gabriel Mahren den Saarberg-Absinkweiher in Fraulautern verhindert hatten. Mitte der 90er-Jahre ersparten sie so dem deutschen Steuerzahler mindestens 100 Millionen DM für ein absurdes Projekt. Denn schon damals galt der Kohlebergbau im Saarland als Auslaufmodell.

Auch 20 Jahre später ist Saarberg Thema in der Stadtpolitik. Trinkwasserschutz geht nämlich alle an. Eine Resolution von CDU und Grünen, die die Genehmigung zur Stollenflutung verurteilte, verursachte der SPD erhebliches Bauchgrimmen. Nach einem heftigen verbalen Schlagabtausch mit den Grünen stimmten die Genossen dann doch zu. Das wird dem für Trinkwasser, Gerechtigkeit und Lyoner zuständigen Parteifreund in Saarbrücken nicht geschmeckt haben.

WIR FÜR SIE IM STADTRAT, DIE FRAKTION DER BÜNDNISGRÜNEN



Karin Düesberg, Kerime Kasan mit Töchterchen Elin, Hubert Ulrich, Gabriel Mahren und Philipp Julien.

Die Fraktion trifft sich außer in den Schulferien jeden Montag um 18.30 h zur öffentlichen Basissitzung im P1, Handwerkerstrasse, Innenstadt.

Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der Homepage der Stadt Saarlouis:
www.saarlouis.de/rathaus

VOLLES PROGRAMM

Seit Anfang 2014 ist Günther Melchior als Beigeordneter für Bauen und Umwelt im Amt. Zu seinen Hauptaufgaben zählen neben dem Theater am Ring die Vogelsangschule, die Neugestaltung des Ravelin V und der Ausgleich für die Ansiedlungen auf dem Lisdorfer Berg.



Melchiors Baustellen:
Theater am Ring und Ravelin V.



Noch in diesem Jahr sollen zudem die Arbeiten am Fraulauterner Ostring beginnen. Die Weiterführung der B51 neu an Roden vorbei rückt ebenfalls näher. Das vom Bundesverkehrsministerium angekündigte Planfeststellungsverfahren soll im nächsten Jahr stattfinden. Der Ausgleich für die Umgehung von Roden ist bereits fertig geplant: Die weitere Ellbachrenaturierung hatte Günther Melchior schon geplant, als er noch Umweltbeauftragter der Stadt war.

KINDER- UND JUGENDFARM BEDROHT GRÜNE KÄMPFEN UM ERHALT

Eines der beliebtesten und wichtigsten Angebote für Kinder und Jugendliche ist in ihrer Existenz bedroht. In einem Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung verkündete der Saarlouiser SPD-Landrat Lauer, dass dem betreuten Abenteuerspielplatz die Personalkostenzuschüsse des Kreises gekürzt werden. Dadurch ist die Farm in ihrer Existenz bedroht.

Zur Begründung führte der Sozialdemokrat aus, dass auf der Farm vor allem Saarlouiser Kinder betreut würden. Das traf auf entschiedenen Widerspruch der Grünen in Saarlouis. Gabriel Mahren: „Die Kinder- und Jugendfarm im Ellbachtal ist eine offene Einrichtung. Dort können Kinder hingehen und spielen, ohne dass sie jemand fragt, woher sie kommen. Wenn das dem Landrat nicht bekannt ist, kann er sich gerne mal schlau machen. Im Übrigen bekommt der Landkreis von der Stadt Saarlouis 22 Mio. Euro allein in diesem Jahr an Kreisumlage. Wir können gerne mal überprüfen, wofür die der Herr Landrat en detail ausgibt.“ Besondere Empörung rief der Umstand hervor, dass Lauer seinen Kürzungsbeschluss über die Presse bekannt gab. Von denen betroffen ist nicht nur die Kinder- und Jugendfarm, sondern auch die evangelische Jugendarbeit in Saarlouis.

„LAUER IST DIE AXT IM WALDE!“

Der Kirche unterstellte Lauer sogar, sie werde auch ohne Zuschuss auskommen. Das klang, als habe man dort in den letzten Jahren unnötig

Steuergelder verschleudert. Die Reaktionen waren entsprechend. Mahren: „Der Landrat Lauer ist die Axt im Walde, gerade die Kirche macht eine gute und engagierte Jugendarbeit in unserer Stadt. Der Mann soll sich schämen“. Tut er aber nicht. Denn Lauer kann ja auch anders. Dass er auch großzügig sein kann, wenn es darum geht, anderer Leute Geld auszugeben, zeigte er ein paar Tage später. Da ging es um die Besetzung einer hochdotierten Stelle beim saarländischen Sparkassenverband durch eine Parteifreundin des aus Nalbach stammenden Sozialdemokraten.

JUGEND- UND SOZIALARBEIT IN SAARLOUIS DARF NICHT ZERSCHLAGEN WERDEN

Obwohl allenthalben gefordert wurde, dafür eine ehrenamtliche und kostengünstige Lösung herbei zu führen, beschwor Lauer im Saarländischen Rundfunk und in der Saarbrücker Zeitung die Notwendigkeit einer Personalie, die mit über 220.000 Euro/Jahresgehalt zu Buche schlagen wird. Wie fragte darauf ein Leserbrief in der Saarbrücker Zeitung die SPD: Ist das noch Politik für den kleinen Mann? Das werden in Zukunft gerade die Saarlouiser Sozialdemokraten beantworten müssen. Und wie sie in Zukunft den Bürgern erklären wollen, wenn die Jugendhilfe steigt. Denn unter Fachleuten ist klar: Fehlt die gute Jugendarbeit, steigen die Kosten für die Jugendhilfe. Die Saarlouiser Grünen jedenfalls wollen nicht tatenlos zusehen, wie die Jugend- und Sozialarbeit in Saarlouis zerschlagen

wird. Allein diese Ankündigung zeigte Wirkung. Kleinlaut verschob Lauer die angeblich so unvermeidlichen Kürzungen um ein Jahr.



SPD-Landrat Lauer im Wahlkampf: Politik für den kleinen Mann?



Kinder- und Jugendfarm im Ellbachtal

INTAKTE NATUR SCHAFFT IDENTITÄT



Eine intakte Natur ist ein Standortvorteil für die Landwirtschaft. Im immer noch stark bäuerlich geprägten Lisdorf wird derzeit der Mühlenbach weiter renaturiert.

Das Projekt erhält und schafft Artenvielfalt in Flora und Fauna und dient dem Hochwasserschutz. Der Mühlenbach kann sich wie früher in Mäandern und Flutmulden ausbreiten und bei Starkregen sehr viel mehr Wasser aufnehmen, als in seinem bisherigen engen Kanalbett. Gleichzeitig beeinflusst die renaturierte Fläche das Mikroklima. Frühaufsteher können im Sommer die aufsteigenden Nebel über dem Bach und dem Wiesengelände beobachten. Eine intakte Natur ist aber auch ein Stück Heimat und Identität für heute und die nächsten Generationen.

🎵 EIN SCHIFF WIRD KOMMEN ...



Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. So sprach dereinst der sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt und sorgte damit für Schweigen an seinem Kabinettstisch.

Schweigen herrscht auch in Sachen Erweiterung des Hafens Saarlouis/Dillingen. Noch im Wahlkampf 2014 fuhren dort riesige Containerschiffe ein und aus – aber nur in den Visionen des SPD-geführten saarländischen Wirtschaftsministeriums. Die Aufdeckung der Pläne durch die Grünen hat offenbar Wirkung gezeigt. Die SPD verfehlte bei der Kommunalwahl 2014 deutlich die absolute Mehrheit im Stadtrat. Die Saarlouiser Trinkwasserbrunnen in den Rodener Wiesen dürften außer Gefahr sein. Vorerst. Apropos Hafen und Trinkwasser. Wo bleibt eigentlich der Schadensersatz des Landes für die durch den Hafenausbau eingeschränkte Wasserförderung der Saarlouiser Stadtwerke?



LISDORFER BERG MODELL FÜR INDUSTRIE 4.0?

Gerne schneiden prominente Politikerinnen und Politiker Bänder durch, wenn wieder einmal ein Industriebetrieb auf dem Lisdorfer Berg seine Pforten öffnet. Viel wichtiger aber sind die Bänder, die die Industrie revolutionieren werden: Glasfaser und Breitband.

Das Industriegebiet Lisdorfer Berg wurde ab 2010 von Grünen, CDU und FDP ausgewiesen, nicht zuletzt um den Strukturwandel im Saarland einen neuen Impuls zu geben. Dort sollte nach dem Willen der Initiatoren die nächste Generation von großen mittelständischen Industriebetrieben entstehen. Die ökologischen Grundbedingungen der Grünen, keine rauchenden Schloten anzusiedeln, die Kaltluftentstehungszonen zu belassen und einen großzügigen ökologischen Ausgleich zu realisieren, sind zwar erfüllt worden. Wer aber geglaubt hat, die Landesregierung werde die Zeichen der Zeit erkennen und den Lisdorfer Berg zu einem Modell für die High Tech Industrie der Zukunft gestalten, sieht sich enttäuscht. Zwar wurde von den Saarlouiser Stadtwerken (!) die hierfür nötige Infrastruktur in Form von Glasfasern gelegt. Die politischen und technischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung existieren jedoch noch nicht. Für die ist nämlich das Land zuständig.

WAS HAT DIE POLITIK MIT 4.0 ZU TUN?

„Die Politik sollte sich die relativ einfache Frage stellen, wo sie in Sachen 4.0 gefragt ist,“ raten Saarlouiser Grünen. Dann, so die Grünen, käme sie sehr schnell auf die Handlungsfelder, auf denen politische und planerische Steuerung gefragt ist. Die Grünen verweisen auf Baden-Württemberg. Im grünen Musterlande wird unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann schon seit Jahren an 4.0 gearbeitet. Allianz 4.0 nennt sich dort das Projekt, das die Kompetenzen in Sachen 4.0 bündeln soll. Großes Thema ist neben den sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der 4. industriellen Revolution die Sicherheit der Netze. Im Saarland fehlt es jedoch schon an den Planungsgrundlagen, beispielsweise einem Masterplan für Glasfaser und Breitband, in dessen Rahmen das Land etwa ein sicheres saarländisches Industrie-Intranet aufbauen könnte.

4.0 IST RESSOURCENSCHONEND UND EFFIZIENT

Genauso wichtig wie sichere Netze und landesweiter Ausbau der Infrastruktur ist die gesellschaftspolitische Diskussion über 4.0. Wie wird sich unsere Gesellschaft verändern, wenn immer

mehr digital gesteuerte Roboter menschliche Arbeitskraft ersetzen? Wie stehen die Tarifpartner zu dieser Frage? All dies bedarf eines breit angelegten politischen Diskurses, der im Saarland gerade einmal zaghaft begonnen hat. Fast scheint es so, als habe die saarländische Wirtschaftspolitik das Thema verschlafen. Dabei böte der Lisdorfer Berg die Chance, einen Modellversuch zu starten. Das jedenfalls fordern die Grünen. Sie sehen in 4.0 vor allem auch eine Chance für den Umbau der Industrie hin zu mehr Effizienz, Ressourcenschonung und damit mehr Umweltschutz bei der Wertschöpfung.

DEN STRUKTURWANDEL VORANTREIBEN

„Mit 4.0 können wir den Strukturwandel vorantreiben, mittel- und langfristig weg von den alten Kohlen basierten, umweltschädlichen Produktionslinien, die derzeit noch die Saarschiene dominieren“, sagen die Grünen. Und auch die Energiewirtschaft dürfte Interesse an 4.0 haben, ermöglicht die digitale Vernetzung doch die punktgenaue Versorgung von privaten Haushalten und Wirtschaft mit Elektrizität, auch im Nachkohle-Zeitalter. Das alles scheint in Saarbrücken offenbar noch nicht angekommen zu sein. Fatal für ein Land, das von seinen industriellen Kapazitäten so abhängig ist, wie das Saarland. Zwar gab es vor Kurzem im Wirtschaftsministerium eine breit beworbene Auftaktveranstaltung zum Thema Saarland Industrieland (das 4.0 hatte man wohl vergessen), außer viel digitalem Geflimmer kam aber dabei nicht viel heraus.

ERFOLG FÜR DIE UMWELT: EMITTIERENDER BETRIEB GEHT AUS WOHNGEBIET

Zurück zum Lisdorfer Berg. Einen ersten Erfolg können die Grünen schon jetzt verbuchen. Mit der Verzinkerei Becker siedelt ein Industriebetrieb auf den Lisdorfer Berg um. Er stand fast 130 Jahre mitten in der Fraulauterner Wohnbebauung. Jetzt bekommt er eine neue, hochmoderne verkapselte Produktionsanlage auf dem Lisdorfer Berg und belässt nur noch die Logistik in Fraulautern. Das ist ein echter Fortschritt in Sachen Umweltqualität.

SAARLOUISER WILDSCHWEINE



VERWIRRUNG BEI DER SPD: WER MUSS JAGD GENEHMIGEN?

Seit vielen Monaten sorgen Wildschweine vor allem im Stadtgebiet rechts der Saar für erhebliche Schäden. Anlass genug für die Stadtratsfraktion der SPD, einen Antrag zu stellen, die Jagd auf die Schwarzkittel zu eröffnen.

Ziel der sozialdemokratischen Wildschwein-Kampagne waren aber nicht nur die in Rotten auftretenden Wildtiere, sondern auch der Grüne Beigeordnete, dem man mehr oder weniger Untätigkeit oder gar übertriebene Tierliebe zu Lasten der arg gebeutelten Bevölkerung unterstellen wollte.

„Der SPD geht es hier weniger um die Sorgen der Bevölkerung, als darum, den Beigeordneten zu diskreditieren“, so die Grünen. Sie drehten den Spieß poswendend um. Denn eines hatte Peter Demmer, Fraktionsvorsitzender der SPD, bei seinem forschen Antrag vergessen: Wer denn eigentlich zuständig für eine Jagdgenehmigung ist. Gabriel Mahren, Grünen-Fraktionsvorsitzender forderte daraufhin die Henz'sche Stadtverwaltung auf, sie möge herausfinden, wer denn eigentlich hierfür zuständig sei. Jetzt wurde bekannt, dass dies die Oberste Jagdbehörde in Saarbrücken ist. Sie ist beim Umweltministerium angesiedelt. Chef: Reinhold Jost (SPD). Erteilt die Behörde eine Genehmigung, dann darf gejagt werden. Wie gejagt wird, entscheidet die Untere Jagdbehörde beim Landkreis. Chef: Patrick Lauer (SPD). Ist Gefahr im Verzug, dann kann die Ortspolizeibehörde in Saarlouis in Einzelfällen genehmigen. Chef: Roland Henz (SPD). Noch Fragen? Die SPD schweigt. Die von der Wildschweinplage gebeutelte Saarlouiser Bevölkerung wartet.